



Ausgabe 12/2011 Newsletter

BZÖ

Eine Information von BZÖ-Klubobmann und Bündnisobmann **JOSEF BUCHER**



BZÖ: Ja nur zu echter Schuldenbremse! Daher: Nein zu rot-schwarzer Mogelpackung!

Das erschreckende Fazit aus den gescheiterten Verhandlungen zur Schuldenbremse: Den Regierungsparteien fehlt es an Ernsthaftigkeit und Reformbereitschaft. In Wahrheit wollen Rot und Schwarz nämlich keine Schuldenbremse, sondern eine Mogelpackung zu Lasten der Steuerzahler! Damit droht nun statt

des vom BZÖ geforderten Schuldenabbaus über ausgabenseitige Reformen eine neue Belastungswelle mit neuen Steuern und massiven Steuererhöhungen! Das BZÖ setzt sich weiter für die Zukunft Österreichs ein und präsentiert einen 7-Punkte-Plan zur Schuldenbremse und der Sanierung des Staatshaushalts.

Eine rasche Schuldenbremse ab 2012, die Fest-schreibung klarer Sanktionen sowie eine maximale Steuer- und Abgabenquote: die zentralen Forderungen, mit denen das BZÖ in die Verhandlungen ging, waren klar. SPÖ und ÖVP waren jedoch nicht bereit, auch nur einen dieser Punkte zu erfüllen.

„Wir müssen uns im Interesse Österreichs auf die Umsetzung längst überfälliger Reformen konzentrieren, nicht auf die Erfindung neuer Steuern“, so BZÖ-Obmann Josef Bucher. Tatsächlich liegt in diesem Bereich ein enormes Einsparungspotenzial in Milliardenhöhe, wie auch der Rechnungshof vergangene Woche anlässlich der Präsentation von 599 konkreten Einsparungsvorschlägen allein im Bereich der Verwaltung (!) bestätigte. „Wenn wir jetzt keine strukturellen Reformen machen, verspielen wir die Zukunft Österreichs“, so die eindringliche Mahnung von Rechnungshof-Präsident Moser. Damit unterstützt Moser wie viele andere Experten die jahrelangen Forderungen des BZÖ. Die Reaktion der Regierungsparteien: Schweigen und Ratlosigkeit.

„Es ist lächerlich, wenn SPÖ und ÖVP dem BZÖ jetzt Verantwortungslosigkeit vorwerfen. Nur ein Beispiel: Wenn ÖVP-Obmann Spindelegger erklärt, er ist bestürzt über das Scheitern der Verhandlungen, dann ist das völlig unglaubwürdig. Denn er hatte genug Gelegenheiten, zum Telefon zu greifen. Stattdessen hat er die Zeit damit verbracht, die Gehälter der ohnehin schon privilegierten Spitzenbeamten zu erhöhen“, so Bucher. Für Gespräche mit dem BZÖ hatte die ÖVP-Spitze mit Spindelegger und Finanzministerin Fekter hingegen keine Zeit...



Bucher weiter: „Mit Kanzler Faymann gab es Gespräche. Gespräche, bei denen ich allerdings den Eindruck gewonnen habe, dass die SPÖ die Schuldenbremse grundsätzlich nur mit einfacher Mehrheit beschließen wollte.“ Der Grund: SPÖ-interne Widerstände. Der BZÖ-Chef: „Die vehementen Gegenstimmen innerhalb der SPÖ zur Schuldenbremse, etwa von SPÖ-Landesrat Ackerl oder dem ÖGB haben gezeigt, dass Faymann nicht einmal in der Lage ist, innerhalb seiner eigenen Partei einen Konsens zu erzielen.“

Die nun beschlossene Regelung zur Schuldenbremse spiegelt das Grundproblem wieder: Rot und Schwarz können sich maximal auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Echte Reformen, wie vom BZÖ gefordert, bleiben damit eine Fehlanzeige. Und schon mehren sich jetzt auch innerhalb der ÖVP die Stimmen, die auf massive Steuererhö-

hungen drängen. Damit wird die „Schuldenbremse“ zum Danaergeschenk für die Österreicher: „Unsere staatspolitische Verantwortung ist die Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Wir sind der Anwalt der Steuerzahler“, so der BZÖ-Bündnisobmann.

Das BZÖ jedenfalls bleibt bei seiner Forderung: Nur eine echte und tatsächlich ernst gemeinte Schuldenbremse ist sinnvoll und notwendig, die von den Regierungsparteien beschlossene Mogelpackung ist abzulehnen! Denn nur durch echte Reformen gelingt der Schuldenabbau. Einen zukunftsweisenden Wegweiser dazu hat das BZÖ der Regierung bereits mit auf den Weg gegeben: Einen Grundsatzplan zur umfassenden Sanierung Österreichs.

Mehr zur BZÖ-Grundsatzklärung umseitig!

BZÖ-Grundsatzpapier: Wir sanieren Österreich!

Die Bundesregierung muss endlich Reformen angehen und das Land modernisieren, denn das schafft nicht nur Vertrauen auf den Finanzmärkten und bei Rating-Agenturen, sondern ist auch die Grundlage für eine erfolgreiche Sanierung des österreichischen Staatshaushalts. Das BZÖ stellte dazu diese Woche eine Grundsatzklärung mit sieben Kernbereichen für eine umfassende Österreich-Reform vor.



Das BZÖ verstärkt seine Bemühungen um eine echte Spar- und Reformoffensive. Denn: Neue Steuern bedeuten in Wahrheit neue Schulden. Sie führen zu sinkender Kaufkraft, sinkendem Konsum, weniger Wachstum und einer dadurch fortgesetzten Abschwächung der Konjunktur mit dem Effekt von weniger statt mehr Steueraufkommen.

Kernaussage der letzte Woche präsentierten „BZÖ-Grundsatzklärung zur Sanierung des österreichischen Staatshaushalts“: Der Schuldenproblematik liegt ein Ausgabenproblem zugrunde, nicht fehlende Einnahmen. Österreich zu sanieren, bedeutet ausgabenseitig zu sparen und zu reformieren, nicht einnahmenseitig weiter zu belasten.

Grundlage für diesen Reformprozess zur Sanierung Österreichs müssen die Vorschläge des Rechnungshofs, des WIFO, des IHS sowie die Ergebnisse des Verfassungs-Konvents sein. Für das BZÖ basiert eine erfolgreiche Sanierung Österreichs auf sieben zentralen Bereichen:

1. Staats- und Verwaltungsreform
2. Reform des Pensionssystems
3. Reform des Gesundheitssystems
4. Reform des Förder(un)wesens
5. Privatisierung
6. Sparpaket für die Politik
7. EU-Zahlungsstopp

Die BZÖ-Grundsatzklärung wurde in einem Abänderungsantrag zum Regierungsbeschluss zur Schuldenbremse im Parlament eingebracht: Jetzt ist die Regierung am Zug.

**GENUG
GEZAHLT!**

Die BZÖ-Grundsatzklärung zum
Download auf: www.bzoe.at



Kaufmann-Bruckberger folgt Ewald Stadler

Entsprechend der Listenreihung folgt Elisabeth Kaufmann-Bruckberger (Bild) Ewald Stadler, der kommende Woche seine Arbeit als Abgeordneter im Europaparlament aufnehmen wird, als neue BZÖ-Abgeordnete im Nationalrat.

Die Unternehmerin und gelernte Touristikerin (41) ist im niederösterreichischen Gumpoldskirchen daheim und entstammt einer traditionellen Winzerfamilie. BZÖ-Obmann Bucher zu den personellen Änderungen: „Mit Kaufmann-Bruckberger haben wir eine neue starke Stimme in wirtschaftspolitischen Belangen dazu gewonnen. Ewald Stadler, der uns als stellvertretender Bündnisobmann und Bürgeranwalt weiter erhalten bleibt, wird künftig zusätzlich als EU-Abgeordneter eine wichtige Stimme sein, um Probleme anzureißen und Fehler in der EU aufzuzeigen.“

IMPRESSUM: Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Parlamentsklub des BZÖ | Doblhoffgasse 3/2 | 1017 Wien | E-Mail: office@bzoe.at | www.bzoe.at



WIR WÜNSCHEN IHNEN
SCHÖNE FESTTAGE UND EIN
ERFOLGREICHES JAHR 2012!

BZÖ



Josef Bucher
Josef Bucher Bündnisobmann